

Thesen zum Resümee der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und was aus der Beschäftigung mit ihr folgt

Vorbemerkungen

- A) Die Diskussionsthese fokussieren auf die Veränderung der politischen Handlungsbedingungen der Linken in Deutschland als dem bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten EU-Mitgliedsland. Sie intendieren, die politischen Handlungsbedingungen der Linken in der EU insgesamt mitzudenken. Die Thesen gehen auf insgesamt acht eigene bzw. gemeinsam mit Gabi Zimmer verfasste Beiträge zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft zurück.
- B) Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dauerte gerade einmal sechs Monate an und 2021 verbleibt Deutschland in der Triopräsidentschaft. Es geht also um einen kurzen Zeitraum inmitten dramatischer Entwicklungen: Da sind zum einen die anhaltenden globalen Krisen, zu denen die globale Covid-19-Pandemie getreten ist und Probleme potenziert: die globale Verschuldungskrise, Klima- und Umweltkrisen, die Ernährungskrise, Ressourcenkrisen, strukturelle Wirtschaftskrisen, die Krise der politischen Repräsentation und Rechts. Insgesamt haben wir es mit einer globalen Krise der sozialen Reproduktion zu tun. Zum anderen finden technologische Umwälzungen statt, die die gesellschaftliche Arbeit, die Kommunikation, die Produktion und Konsumtion, die Lebensstile, die Überwachung von Menschen und Prozessen, das Militär und die Kriegführung tiefgreifend verändern. Sie sind mit ebenfalls dramatischen kulturellen und demographischen Veränderungen widersprüchlich verquickt. Das gilt erst recht für die gesellschaftlichen Hierarchien nach sozialer und ethnischer Herkunft, nach Funktion im gesellschaftlichen Arbeitsprozess und Leben, nach Geschlecht, Familienstand und Stellung in der Familie, nach Alter, geistiger und körperlicher Verfasstheit, kultureller, weltanschaulicher und politischer Verortung. Sie werden erschüttert oder verfestigt und kreuzen sich wiederum widersprüchlich mit sich verändernden oder verfestigenden Hierarchien in den trans- und internationalen Verhältnissen und alle sind ungleich wechselseitig mit den genannten Krisen und Umwälzungen verwoben. Die beteiligten und erfassten Akteure versuchen, ihre Positionen in den verschiedenen Hierarchien zu erhalten bzw. zu verbessern, setzen sich hochgradig unterschiedlich zu den Krisen, Umwälzungen und insbesondere mit den internationalen Hierarchien ins Verhältnis. Da steht insbesondere die Frage, über welche Gewaltpotenziale und Hemmschwellen sie verfügen, wie sie diese angedeuteten Zusammenhänge und sich selbst in diesen sehen. Das gilt erst recht für Hauptakteure in außenpolitischen und militärischen Bündnissen von globalpolitischem Stellenwert und so insbesondere für die USA, China, die EU, Japan und Indien, die sich zueinander und damit zu den Ressourcen-, Territorial- und militärischen Konflikten in der Welt verhalten (müssen) und damit zu den Machtkämpfen im und um den postsowjetischen Raum, zu dessen globalen Zusammenhängen, sowie zur russischen Außenpolitik.

- C) Das Ziel auch dieses Papieres besteht in dem Versuch, zu einer linken kollektiven und dabei Grenzen überschreitenden Analyse und Verständigung zu den unter B) skizzierten Fragen zu gelangen und dabei eigene Handlungsmöglichkeiten zu erkennen, zu nutzen und auszuweiten. Eine EU-Ratspräsidentschaft ist dafür ein besonders guter Anlass, weil die eigene Regierung sich mit konkreten Fragen befassen muss, die mit der in B) skizzierten komplexen und widerspruchsvollen Problematik verknüpft sind. Das vorliegende Papier besteht aus sieben Thesen: Die erste These nennt Hauptergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft, die die zweite These zu verdichteten Aussagen zusammenführt. Die dritte These untersetzt die beiden vorangegangenen und erweitert so den Blick auf Aspekte politischer Handlungsbedingungen und -möglichkeiten der Linken und insbesondere der Sozialist*innen. Die vierte These setzt sich dann mit den Herausforderungen und den durch die Linken genutzten Handlungsmöglichkeiten auseinander, weshalb die fünfte These einige konkret unterbreitete Vorschläge reflektiert. Dass diese keinerlei Resonanz erfuhren bzw. – was viel wichtiger ist – auch nicht von anderen unterbreitet und geteilt wurden, wird in der sechsten These mit einer Analyseschwäche erklärt. Die siebente These formuliert dann einen Vorschlag, wie versucht werden könnte, diese Analyseschwäche kurzfristig anzugehen und mittelfristig abzubauen.

Diskussionsthesen

1. Mit bzw. während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben sich die politischen Handlungsbedingungen der Linken tendenziell weiter verkompliziert und damit auch verschlechtert. Das erfolgte durchaus widersprüchlich und schloss punktuelle Verbesserungen nicht aus, aber gerade diese müssen nun verteidigt bzw. ausgenutzt werden. Sie müssten also zu Ausgangspunkten für eine flexible linke Politik werden, die strategisch ausgerichtet ist und fortwährend überprüft und weiterentwickelt wird.

Die Ursachen für die tendenzielle Verschlechterung bzw. Verkomplizierung der Handlungsbedingungen sind:

- Die deutsche Ratspräsidentschaft hat ihre Handlungsmöglichkeiten, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen zu befördern, nicht genutzt. Dies hatte sie allerdings auch zu keinem Zeitpunkt angestrebt (siehe These 3).
- Desintegrationsprozesse in der EU sind fortgeschritten (siehe These 3).
- Das Management der EU-Institutionen hat als Pandemie-Krisenmanagement weitgehend versagt (siehe These 3).
- Mit den Regierungspolitiken der Mitgliedsländer sind Überwachung und repressive Momente fortgeschritten, dies hat nationalistische, rassistische und egoistische Stimmungen und Kräfte befördert. Aber die spontanen Aktivitäten der „Menge der Vielen“ haben auch Solidarität und Disziplin verantwortungsbewusst vorgebracht.

- In den Mitgliedsländern sind antiemanzipative, antidemokratische, nationalistische, und rassistische Kräfte wie Stimmungen gewachsen und haben sich vielfach über Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen mit rechtsextremistischen Akteuren vernetzt. Mit ihnen setzen sich die EU-Institutionen nur selektiv und inkonsequent auseinander. Aber große Bevölkerungsgruppen folgen weder staatlich betriebener Entdemokratisierung noch jenen rechten Kräften, denen eigene Freiheitsrechte mehr bedeuten als das Leben der von Covid 19 existenziell Bedrohten.
 - Das Militärische „in der Politik“ und im gesellschaftlichen Leben hat an Gewicht zugenommen, wobei die begrüßte militärische Hilfe in der Pandemie-Bekämpfung ausgenutzt wurde; militärische Konfliktlösungen gelten inzwischen als „durchaus normal“
 - Im politischen Leben der Gesellschaft und in der Gesellschaft insgesamt wächst Gewalt; institutionalisierte und außerinstitutionelle Brutalität gegen Geflüchtete wird weitgehend unterstützt, toleriert und zunehmend resigniert hingenommen.
 - In der EU- und in der deutschen Außenpolitik wird zunehmend das Recht beansprucht, anderen zu diktieren
 - Die Linken im Allgemeinen und die Sozialist*innen im Besonderen haben ihre politischen Handlungsmöglichkeiten nicht bzw. nur punktuell nutzen können.
2. Mit der ersten These sind vier Aussagen verbunden:
- a) Die einsetzenden Desintegrationsprozesse in der EU wirken bisher eindeutig zuungunsten der emanzipativ-solidarischen Kräfte.
Diese Prozesse gehen von den in der EU wirkenden reaktionärsten und nationalistischsten Kräften aus. Die EU aber ist immer noch ein spezifisch neoliberales Projekt von Eliten mit vorrangiger Verankerung in den ökonomisch stärksten Mitgliedsländern. Eine Verteidigung der EU mit Bezug auf mögliche emanzipativ-solidarische Gestaltung kann sich nicht überzeugend auf positive Erfahrungen stützen. Die EU war auch zu keinem Zeitpunkt ein wirkliches bzw. konsequentes Friedensprojekt.
 - b) Wenn die Linken im Allgemeinen und die Sozialist*innen im Besonderen ihre Handlungsmöglichkeiten nicht nutzen, schwindet ihre Kraft und Bedeutung und werden ihre politischen Handlungsbedingungen insgesamt verkompliziert.
Das ist mit der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und mit der Art und Weise verquickt, in denen diese verläuft, bzw. das resultiert wiederum aus den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen – indem sich die Schwäche der Linken in der konkreten Situation und ihre strukturelle Krise beständig wechselseitig verstärken.
 - c) Die Schwächen bzw. das Versagen der offiziellen politischen Verwaltungsinstitutionen und ihres Krisenmanagements sowohl in der EU als auch in den EU-Mitgliedsländern wirken bisher eindeutig zuungunsten der Linken und mit ihnen durchaus auch der Sozialist*innen.
Die reaktionärsten Kräfte in der EU und in ihren Mitgliedsländern können diese Schwächen bzw. dieses Versagen mehr oder weniger effektiv nutzen während sie andererseits in einigen Mitgliedsländern (scheinbar?) Positionsverluste erleiden.

Während einerseits in der Pandemie die Grenzen des Privaten für die Auseinandersetzung mit dringlichen gesellschaftlichen Problemen offensichtlicher werden, werden vielfach mit Verweis auf die dramatisch gewachsene öffentliche Verschuldung Privatisierungsbestrebungen befördert. Die Verteidigung, der Ausbau und die Demokratisierung des Öffentlichen sind ein Schwerpunkt linker Politik, von dem aus die Linken erstarken könnten.

- d) Das Anwachsen ökologischer Probleme bedeutet eine Verschlechterung bzw. Verkomplizierung der politischen Handlungsbedingungen für die emanzipativ-solidarischen Kräfte.

Nicht allein, dass mit der Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen auch die Lebensverhältnisse der Linken selber und der von ihnen vertretenen Bevölkerungsgruppen negativ beeinträchtigt werden, sondern dass dabei auch die Voraussetzung für soziale und insbesondere sozial gerechte Lösungen ökologischer Probleme immer mehr schwinden.

3. Die in der ersten These genannten Befunde können wie folgt belegt werden:

1. Zur Regierungspolitik

- a) Die Ratspräsidentschaft hat darauf verzichtet,
- für mehr Transparenz zu sorgen, das Lobbyistentum und die „Drehtüren zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft“ zu bremsen, zu stoppen und perspektivisch zurückzudrehen und zugleich der Zivilgesellschaft Partizipationsmöglichkeiten zu gewähren;
 - Dekolonisationsprozesse und die kritische Aufarbeitung der langfristigen Folgen des Kolonialismus zu befördern;
 - die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu betreiben und auszubauen;
 - Initiativen für die Konferenz zur Zukunft Europas zu ergreifen und dabei sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu befördern;
 - sich positiv zu konkreten im Rat vorliegenden Vorschlägen von EU-Institutionen zu verhalten, so zu Steuergerechtigkeit und zur Bekämpfung von Geldwäsche, zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, zu den Fischfangquoten, zu den SDG 2030 und vor allem zu konkreter Hilfe für die globale Bekämpfung der Pandemie, zu Transparenz in der EU-Politik;
 - sich für die Rettung und die Verbesserung der Situation Geflüchteter einzusetzen
 - sich für die Milderung bzw. Lösung von internationalen Kriegen bzw. Konflikten zu engagieren und sich konkret etwa mit der antidemokratischen Politik der Türkei oder des Iran auseinanderzusetzen.
- b) Fünf EU-Mitgliedstaaten haben gegen die gemeinsame Kreditaufnahme der EU-Mitglieder und die Gewährung von Zuschüssen opponiert; dass Deutschland nicht dazu gehörte, ist noch keine Abkehr von seiner prinzipiellen Ablehnung derartiger verallgemeinerter Praktiken. Die Auseinandersetzungen zum Rechtsstaatsmechanismus in der Haushaltes- und Finanzpolitik verdecken, dass außer in Polen und Ungarn offene Entdemokratisierungsprozesse zumindest auch in Slowenien, Bulgarien, Lettland und Griechenland betrieben werden. Auch in

Frankreich und Österreich gibt es vergleichbare Entwicklungen gibt und in allen EU-Mitgliedsländern zumindest erlebbare analoge Tendenzen.

- c) Die mit der „Impfproblematik“ offen zutage getretene Inkompetenz der Europäischen Kommission überdeckt die (vielleicht) viel größere des deutschen Gesundheitsministers, während der Ratspräsidentschaft elementare Abstimmungen in der EU so zu moderieren, dass Unübersichtlichkeit von Regelungen und Chaos durch ein erzwungenes Einzelhandeln vermieden wurden bzw. werden. Synergien konnten somit nur kaum zustande kommen, was in der Konsequenz dann Bürger*innen-Wut „auf die EU“ bzw. „Brüssel“ und „die anderen“ und somit den Nationalismus in vielen Mitgliedstaaten beörderte.
- d) In den EU-Mitgliedsländern dominieren bisher in der Pandemie-Bekämpfung – trotz des hohen Grades an gesellschaftlicher Bereitschaft zu aktivem Mittun und zu einer breiten Solidarität – insgesamt staatliche bzw. regierungsoffizielle Anweisungen, die demokratische Rechte und Freiheitsrechte einschränken, auf die dann wiederum relevant egoistisch, antidemokratisch, nationalistisch, rassistisch und rechtsextrem reagiert wird. Die offiziellen Antworten darauf zielen letztendlich nicht oder nur kaum auf das erkennbare Potenzial für mehr Solidarität in der Gesellschaft, auf zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.
- e) Mit den konkreten Vereinbarungen zur Agrarpolitik, zur Verkehrspolitik, zur Industrie- und Energie-, zur Handels- und Außenwirtschaftspolitik wie zur Verteidigungspolitik werden ökologische Probleme nicht ernsthaft angegangen und damit faktisch weiter zugespitzt.
- f) Die signifikante Zunahme der Bedeutung des Militärischen unter deutscher Ratspräsidentschaft zeigt sich in
 - der Erstellung der ersten top-secret Bedrohungsanalyse und der Arbeit am sog. strategischen Kompass;
 - den weiteren Fortschritten bei PESCO, wobei zugleich die derart vorangetriebene Rüstungskoooperation auch für Dritte geöffnet wurde;
 - konkreten Vereinbarungen zur Industriepolitik und zur Verteidigungsunion;
 - der energisch vorangetriebenen Verknüpfung zwischen der zivilen und der militärischen Dimension der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (dazu gehört auch das in Berlin gegründete Europäische Kompetenzzentrum für Ziviles Krisenmanagement);
 - dem spezifischen Einsatz des Militärs zur „Bekämpfung der Pandemie“, der auf eine Verquickung von zivilen und militärischen Strukturen zielt und bewirkt; das betrifft die Ebenen der Mitgliedsländer, der EU und der Zusammenarbeit EU-NATO bzw. der NATO.
 - der sog. EU-„Friedensfazilität“.
- g) Selbst die dokumentierten und skandalisierten Verletzungen internationaler Verträge durch FRONTEX, die Brände von Geflüchteten-Lagern insbesondere in dem von Moria, sowie die Geflüchteten-Tragödie in den bosnischen Wäldern haben kein offizielles humanitäres Handeln bewirkt, sondern sogar noch zu weiterer Gewalt gegen Geflüchtete provoziert.

- h) Trotz der wirtschaftlichen Abkommen mit China ist zugleich Chinafeindlichkeit in der EU weitergewachsen und führte bereits zu Vereinbarungen über eine Veränderung der EU-Wettbewerbspolitik.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Russland betrieben.

II. Zu linken Akteuren

- i) Die ungenutzten Chancen bzw. Handlungsmöglichkeiten der Linken gerade auch in Deutschland lassen sich insbesondere wie folgt belegen:
- Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Strategie, die darauf zielte, die deutsche Ratspräsidentschaft zum Anlass für konkrete Initiativen zu nehmen
 - um emanzipativ-solidarischen Akteure mit dem/einem Arbeitsschwerpunkt EU zusammenzubringen, zu stärken und zu vernetzen,
 - um eine EU-weite solidarische und internationalistische Strategie gegen die Covid-19-Pandemie zu entwickeln,
 - um eine linke und sozialistische politische Bildung zu entfalten,
 - zur Profilierung der LINKEn als sozialistische Kraft, welche die EU von links aus kritisiert und sie nachhaltig verändern will und dafür auch ihre Präsenz in den Parlamenten und Verwaltungen nutzt,
 - zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Europäischen Linkspartei und besonders von deren politischer Wirksamkeit,
 - zur Stärkung der von emanzipativ-solidarischen Akteuren in Deutschland und der EU ergriffenen konkreten Initiativen in den Themenbereichen demokratische und gerechte Gesundheitspolitik, Transparenz und Lobbyismus-Bekämpfung, Steuergerechtigkeit und aktive Friedenspolitik, Solidarität mit Geflüchteten, Realisierung der SDG, Armutsbekämpfung und eine entsprechende Schuldenregelung, erforderliche Klima- und Umweltpolitik, Ernährungssouveränität und unternehmerische Sorgfaltspflicht.
4. Die zu Beginn der ersten These genannten, mit der Ratspräsidentschaft erfolgten punktuellen Verbesserungen, die von den Linken als ebenso punktuelle Verbesserung ihrer Handlungsmöglichkeiten genutzt werden können und sollen, betreffen insbesondere Ratsvereinbarungen bzw. Absprachen unter den Spitzen der EU-Institutionen und Regierungen der Mitgliedsländer
- zur zeitweisen Außerkraftsetzung konkreter monetärer Regelungen der EU-Verträge, die für die Wirksamkeit neoliberaler Politik besonders relevant sind (Kreditaufnahme, Verschuldung Zuschüsse),
 - zur punktuellen Stärkung des Öffentlichen und dem offiziellen Eingeständnis, dass ohne institutionelle Veränderungen Pandemien bzw. Krisen nicht bekämpft werden können
 - zur Erhöhung der Klimaziele und zur Hebung demokratischer und ökologischer Standards in der EU-Haushalts- und Finanzpolitik,
 - zur Stärkung demokratischer Rechte und Standards insbesondere in ökologischen Belangen und im Verbraucher- aber auch Opferschutz,

- zum Dialog über Rechtsstaatlichkeit bzw. Rechtsstaatmechanismus
- zur Reform der EU-Strukturfonds,
- zur vernetzten Bekämpfung von Antisemitismus,
- zur Neuen Leipzig-Charta für Stadtentwicklung
- für mehr Transparenz.

Die in der dritten These unter II. ausgemachten Handlungsmöglichkeiten für die Linken und insbesondere die Sozialist*innen sind weitestgehend ungenutzt geblieben. Das ist das Ergebnis einer kollektiv anhaltenden analytischen Schwäche bzw. eines unzulänglichen Verständnisses vom Stellenwert der kollektiven Analyse politischer Handlungsbedingungen und der daraus sich ergebenden politischen Handlungsmöglichkeiten. Diese Analyse-Defizite betreffen insbesondere

- das Handeln und die Entwicklung der EU-Institutionen und auch der Regierungen der EU-Mitgliedsländer (dabei insbesondere der Regierungen der Triopräsidentschaft bzw. der Regierung der konkreten EU-Ratspräsidentschaft) in Hinblick auf
 - die Fortschreibung des EU-Rechts,
 - die Auseinandersetzung mit den größten und dringlichsten Problemen und ihren konkreten (Haupt)Verursachern (d.h. insbesondere mit Kapitaloligarchien) in ihrer konkreten Komplexität. Als diese Probleme sind festzuhalten
 - < Gewalt in den internationalen Beziehungen, Krieg,
 - < Gewalt gegen Menschen, motiviert durch ihre soziale und ethnische Herkunft sowie durch ihren sozialen Status, ihr Geschlecht und ihre sexuelle Orientierung, ihre Stellung in der Familie, ihre kulturelle und weltanschauliche Verbundenheit, ihre geistige und körperliche Verfasstheit,
 - < Armut, soziale Ausgrenzung, soziale und globale Spaltungen,
 - < bedrohliche Mängel bei Gesundheit und Bildung,
 - < Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen, sowie
 - < Entdemokratisierung, Fremdbestimmung, Verhinderung gesellschaftlicher Gestaltung
 - die formellen und informellen internationalen zivilen und militärischen Organisationen in der Entwicklung ihrer Fähigkeit, überhaupt einen Beitrag zu Problemlösungen zu leisten. Das betrifft
 - < die Entwicklung der Hauptprobleme und der Ressourcen bzw. Möglichkeiten ihrer Lösung, sowie zugleich auch
 - < die Entwicklung der vielfältigen emanzipativ-solidarischen Akteure und ihrer konkreten Initiativen in ihrer Auseinandersetzung mit den genannten allergrößten Problemen und ihren (Haupt)Verursachern;
 - < darüber hinaus interessieren insbesondere die konkreten politischen Auseinandersetzungen mit den EU-Institutionen und den Regierungen der EU-Mitgliedsländer (insbesondere mit den Regierungen der Triopräsidentschaft bzw. der Regierung der konkreten Ratspräsidentschaft) – in Bezug auf diese Hauptprobleme und auf die überfällige Auseinandersetzung mit ihren Hauptverursachern.

Die ausgemachten Analyse-Defizite erklären weiter, dass dann auch die ernsthafte Diskussion von vier entscheidenden Fragen ausgeblieben ist, die wiederum für die Auseinandersetzung der Linken mit ihren Handlungsherausforderungen und -möglichkeiten relevant sind:

- wer jetzt am dringlichsten auf Solidarität angewiesen;
- wo von wem aus welche Angriffe gegen die emanzipativ-solidarischen Akteure, gegen die sozial und global Schwächsten, die gesellschaftlichen und globalen Bevölkerungsmehrheiten ausgehen bzw. auszugehen drohen;
- wie die eigenen Handlungsmöglichkeiten der Linken genutzt werden können, um die erforderliche Solidarität zu leisten und sie zugleich auszubauen, um die Angriffe abzuwehren, und vor allem aus der strukturellen politischen Defensive auszubrechen;
- was daher jetzt konkret getan werden müsste, getan werden kann und bereits getan wird. Dieses „was und wie“ schließt alle Formen und Instrumente politischen Eingreifens und politischer Einflussnahme ein: die aktive Partizipation an der politischen Verwaltung und der parlamentarischen Arbeit auf allen Ebenen, die Mit- und Zusammenarbeit mit Akteuren in der Verwaltung und parlamentarischen Gremien, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Organisationen, mit Akteuren der Friedensbewegung d.h. mit dem gesamten Spektrum emanzipativ-solidarischer Akteure, auch und insbesondere in den Gesundheits-, Bildungs-, Forschungs- und Kulturbereichen. Schließlich werden sich voraussichtlich die unvermeidlich kommenden politischen Konflikte auf den Umgang mit öffentlichen und privaten Schulden, mit der Einkommens- und Vermögens- und Kompetenzverteilung und damit auch mit erneuten Privatisierungen, sowie auf ein weiteres Anwachsen von Gewalt in den gesellschaftlichen und besonders auch in den internationalen Beziehungen fokussieren. Dies wird die Auseinandersetzung mit der Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen und insgesamt den in dieser These genannten größten Problemen weiter erschweren, wenn es nicht gelingt, hier tragfähige Zielverknüpfungen herzustellen.

-
5. Aus der eigenen Beschäftigung mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hatte sich der Gedanke ergeben, den Linken insgesamt und gerade auch der LINKEn und der Europäischen Linkspartei zu empfehlen, die jeweiligen Ratspräsidentschaften und die Triopräsidentschaft für eine Offensive politischer Bildung in Sachen EU und für jeweils etwa drei gemeinsame bzw. länderübergreifende Aktivitäten zu nutzen. Diese sollten Solidarität und Demokratie zum inneren Band haben und auf Frieden, Soziales und Ökologie fokussieren. Derartige Aktivitäten sollten zugleich die Zusammenhänge von Gesundheit, Frieden und Schutz des Klimas/der Biodiversität, Stärkung der Gemeingüter herausstellen. Dabei könnten und sollten laufende Kampagnen unterstützt werden wie die für konkrete soziale, ökologische, demokratische und menschenrechtliche Standards in Lieferketten, für ein EU- Sorgfaltsgesetz für Unternehmen, zum UN-Binding- Treaty-Prozess, für ein atomwaffenfreies Europa ...

Dafür könnten und sollten Aktivist*innen der Kampagnen und vielfältige Partner*innen aus sehr unterschiedlichen Bereichen der emanzipativ-solidarischen Zivilgesellschaft gewonnen werden – aus der Schüler*innenbewegung for Future, aus Selbsthilfegruppen, Solidaritätsinitiativen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Umweltverbänden und feministischen Organisationen, religiösen Friedens- und Solidaritätsinitiativen aus den Netzwerken „Städte für den Frieden“, „solidarische Städte“, Kommunen für „refugee welcome“, „Changing cities“, „fearless cities“ ... Dabei könnte und sollte es immer zugleich um aktuelle besonders dringliche Probleme und um ZUKUNFT gehen, um das HIER und JETZT und um gesellschaftliche Alternativen.

Die Einladung von Partner*innen kann mit der Suche nach emanzipativ-solidarischen Akteuren beginnen, die Positionen und Forderungen zur Ratspräsidentschaft und zur Konferenz zur Zukunft der EU erheben. Dabei könnten neue interessante Kooperationsbeziehungen zustande kommen.

Das *European Left Forum*, das jährlich stattfindet, könnte den Raum für einen derartigen Austausch zu den gestellten Fragen, zu vorgeschlagenen Initiativen und zu gewonnenen Erfahrungen bieten. Daraus könnten dann auch wieder neue gemeinsame Einsichten und Aktivitäten erwachsen.

6. Weil die analytische Schwäche der Linken so gravierend ist und weil die Auseinandersetzung mit ihr zugleich nur als ein kollektiver Lern-, Organisations-, Kommunikations- und Kooperationsprozess erfolgreich sein kann, wäre zunächst zu klären,
 - a) welche emanzipativ-solidarischen Akteure was wo warum und wie analysieren,
 - b) was die emanzipativ-solidarischen Akteure (und wir selber unter ihnen) wissen sollten und was daher vordringlich zu untersuchen ist, analysiert werden sollte,
 - c) wer was wie analysieren könnte bzw. sollte, damit auf möglichst allen politischen Ebenen und in allen Bereichen die emanzipativ-solidarischen Kräfte begreifen können, wie das politische Handeln der Parlamentarier, Regierenden und Verwaltungen zustande kommt und funktioniert, worauf bzw. auf wen sie wie reagieren – und wie erfolgreich in diese Prozesse eingegriffen werden kann;
 - d) woher das und der, auf die reagiert werden muss bzw. reagiert wird, kommen und wie sie funktionieren (bzw. veränderbar sind);
 - e) welche emanzipativ-solidarischen Kräfte in diesen Prozessen eine Rolle spielen – wer sie sind, mit welchen Wirkungen sie wie agieren können.

7. Es wäre also sinnvoll, gut vorbereitet und dennoch schnellstmöglich mit den in der sechsten These unter a) und jenen unter e) Genannten, denen man räumlich am nächsten ist, in die Kommunikation und möglichst auch in die Kooperation zukommen.
 Und selbstverständlich geht es bei jeder derartigen Analyse immer zugleich auch und insbesondere um die fortwährende Untersuchung der eigenen politischen Aktivität und ihrer Wirkungen.